

Finanzkrise Es geht wieder was

15.09.2013

Erstmals besteht in Europa die Chance auf eine Wende in der Krise. Wird sie verspielt?

Von Mark Schieritz



EZB-Chef Mario Draghi | © Reuters

Wie schnell es gehen kann. Vor ziemlich genau einem Jahr stand Europa am Abgrund, in diesem Sommer nun windet sich Europa aus der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Selbst in den südeuropäischen Krisenstaaten melden die Industrieunternehmen inzwischen bessere Geschäfte. Schon im Herbst dürfte die Wirtschaft in den meisten europäischen Ländern wieder wachsen.

Erstmals in dieser Krise besteht eine realistische Chance auf eine Wende zum Besseren – und Europa verspielt sie gerade.

Die Menschen in den betroffenen Staaten spüren von der Erholung der Konjunktur zwar bislang noch wenig. Die Lage auf den Arbeitsmärkten in Italien, Portugal oder Spanien ist noch immer sehr angespannt, viel zu viele Jugendliche sind ohne Job. Doch das bedeutet nicht, dass sich nichts getan hat. Die Unternehmen schaffen aller Erfahrung nach erst neue Jobs, wenn die Wirtschaft wieder kräftig wächst und neue Leute eingestellt werden müssen, um die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen befriedigen zu können. Das war in Deutschland auch nicht anders.

Der Verweis auf die nach wie vor miserablen Arbeitslosenzahlen in Südeuropa ist also kein Argument gegen eine Wende in der Krise. Sie zeigen vielmehr, dass das Wachstum zwar noch nicht stark genug ist, die Richtung aber stimmt. Es wäre deshalb höchst gefährlich, der Konjunktur ausgerechnet jetzt die staatliche Stütze zu entziehen.

Doch genau dazu könnte es kommen. Das liegt zum einen an der Europäischen Zentralbank (EZB). Es ist ihr bislang nicht gelungen, den von den USA ausgehenden Anstieg der Finanzierungskosten für Unternehmen, Staaten und Haushalte zu begrenzen. Notenbankpräsident Mario Draghi hat zwar versprochen, den Leitzins in Europa über einen längeren Zeitraum hinweg niedrig zu halten. Doch das Zinsversprechen ist so weich formuliert, dass an den Finanzmärkten kaum jemand Draghi glaubt – und so verteuern sich die Kredite auch auf dem Kontinent, zumal viele Banken die Notkredite zurückzahlen, die die EZB auf dem Höhepunkt der Krise ausgereicht hat.

Das für die Finanzierung der Wirtschaft zur Verfügung stehende Geld wird also knapper – obwohl die Krise noch nicht überwunden ist und die Inflationsraten in Europa derzeit sinken und in einigen Ländern erheblich unter dem Zielwert der Notenbank liegen.

Aber das ist nicht die einzige Gefahr für die Konjunktur. Viele Krisenstaaten liegen bei der Haushaltskonsolidierung nicht im Plan. Italien etwa hat allein im August drei Milliarden mehr neue Kredite aufgenommen als im Vorjahresmonat. Nach Schätzungen der Commerzbank wird es dem Land nicht gelingen, das Staatsdefizit wie geplant in diesem Jahr unter die Obergrenze von drei Prozent zu drücken.

Um die Etatziele doch noch zu erreichen, müssten erneut Ausgaben gekürzt und Steuern erhöht werden. Das würde die Konjunktur belasten und könnte die Erholung der Wirtschaft gefährden. Dass Europa auf eine Wende hoffen kann, hat schließlich viel damit zu tun, dass die Sparauflagen – mit Zustimmung der Bundesregierung, die im Wahlkampf gute Nachrichten gebrauchen konnte – zuletzt erheblich gelockert wurden. Wenn Deutschland nun nach der Bundestagswahl wieder stoisch auf die Einhaltung der vereinbarten Ziele pocht, statt den Ländern die nötige Flexibilität bei der Haushaltskonsolidierung einzuräumen, dürfte der Aufschwung vorbei sein, bevor er richtig begonnen hat.

Wie gefährlich es ist, wenn der Staat sich nach einer Krise zu früh zurückzieht, zeigt die große Depression der dreißiger Jahre. Als sich die US-Konjunktur im Zuge der Hilfsmaßnahmen des New Deal im Jahr 1937 zu erholen begann, beendete die Notenbank ihre lockere Geldpolitik, weil sie einen Anstieg der Inflation befürchtete. Und die Regierung in Washington erhöhte die Steuern, um das Etatdefizit zu begrenzen. Ergebnis: Die Wirtschaft brach wieder ein.

Diese Krise hat den Europäern viel abverlangt. Wenn die Rezession zurückkommt, wird die Währungsunion mit großer Wahrscheinlichkeit Geschichte sein. Der Süden wird neue Hilfsprogramme mit noch mehr Sparauflagen nicht tolerieren, und der Norden wird keine zusätzlichen Milliardenrisiken mehr schultern wollen. Für den Aufschwung gilt deshalb: jetzt oder nie.

1. Zusammengefasst:

Im Süden gibt es eine Konjunktur, die darauf beruht das mehr Geld auszugeben als eingenommen wird.

Und dieses Strohfeuer ist in Gefahr, wenn die Zinsen steigen und/oder die Sparauflagen gelockert werden?

Oh weh.

2. Zahlungsbilanzkrise

Autor Schieritz blendet aus, dass es sich bei der Eurokrise im Kern um eine Zahlungsbilanzkrise handelt, die z.T. die gleichen Symptome ausweist wie eine Konjunktur- und Beschäftigungskrise. Eine Zahlungsbilanzkrise (im Gegensatz zu einer Konjunkturkrise) lässt sich aber weder durch Austeritätspolitik noch durch niedrige Zinsen oder eine erhöhte Staatsquote heilen, sie ist "strukturell".

Leser, die dies verstehen möchten, können sich das entweder bei dem eher konservativen Hans-Werner Sinn oder bei dem doch eher linken Heiner Flassbeck ankucken; ankucken sollten sie es sich aber. Dann wissen sie: Die jetzige Rettungspolitik hat nichts Nachhaltiges bewirkt; die Krise schläft und wird wiederkommen.

3. Der Euro hat keine Chance, ...

... einsehen wird das Europa allerdings vielleicht erst in zehn Jahren. Aber egal wann, weh tun wird es allemal. Allen.

. Ökonomie ist keine Wissenschaft, ...

... höchstens Kaffesatzleserei nach politischer Einstellung.

Alles, was mir 4,5 Jahre lang als marxistische Gesetzmäßigkeit zwangserklärt wurde, landete auf der Müllhalde der Geschichte. Abertausende marxistische Ökonomen erklärten und unterrichteten den Blödsinn, überzeugt von dessen Wahrheit. Warum sollten wir glauben, dass die jetzigen Ökonomen mehr wissen als die damaligen. Die heutigen Ökonomen sind nicht mal in der Lage, die Ursachen der Schuldenkrise zu definieren.

5. So lange die EU nicht aufgelöst und der Euro abgeschafft wird,

... wird es kein Ende der Krise geben. Da wird gerade eine Diktatur eingerichtet die unter allen Umständen die Völker Europas in die geeinigte Sklaverei treibt. Die einen werden gegen die anderen ausgespielt.

Die Deutschen gegen den Süden, der Süden gegen die Nordländer und die Banken sowie die EU brüllen vor lachen.

6. Finanzsystem

Die Welt sieht bereits seit 2008 zu wie das westliche Finanzsystem krepirt. So einfach ist die Sachlage genau genommen. Wie wenn ein ertrinkender Mensch wild um sich schlägt so drückt Goldman Sachs seit gestern mal wieder den Goldpreis. Helfen wird das nichts.

7. Zustimmung

Das Problem ist, dass sich die verfeindeten Lager (neolib und keynesians) die Köpfe einschlagen (rhetorisch) und die Deutungshoheit über die Krise jeweils für sich beanspruchen. Die Theoriegebäude werden dabei gar nicht mehr hinterfragt, systemimmanente Fehler nicht erkannt.

Da wäre das Zinssystem, was für eine permanente Umverteilung von unten nach oben sorgt. Zudem ist Zinswachstum exponentiell, ein unnatürlicher Zustand. Das passt schon mal nicht mit natürlichem Wachstum bzw. Entwicklung zusammen.

Zudem hat sich herausgestellt, dass die höchste Evolutionsstufe unseres auf Wettbewerb basierenden Wirtschaftssystems Oligopolstrukturen sind. Wenige Große dominieren den Markt und lassen genau diesen "Wettbewerb" eben nicht mehr zu. Statt eines Innovations-Wettbewerbs findet dieser nur noch über Kosten statt. Die Großen haben den immensen Vorteil, ihre Prozesse schon so weit optimiert und automatisiert zu haben, dass es neue Konkurrenten ohne fremde Hilfe nie mit ihnen aufnehmen könnten. Hier werden wie gesagt Strukturen verfestigt. Über Gewinner und Verlierer dieses Systems muss man glaube nicht groß was sagen...

Nach herrschender neoliberal-Ideologie verlangt man von Entwicklungsländern die vollständige Öffnung zum Weltmarkt, obwohl jedem klar sein muss, dass jedwedes Produkt gegen die etablierten Konzerne aus den Industrieländern nie und nimmer preislich mithalten kann.

Kranke Welt.

8. Woher haben Sie denn...

... Ihre Kristallkugel?

Wieso setzen Sie die EU mit dem Euro gleich? Und existieren (leider) gerade die großen Banken nicht unabhängig von jedem Staatsgebilde? Wäre schön, wenn Sie Ihre Parolen und, sagen wir mal wohlwollend, Prognosen mit etwas Fakten unterfüttern. Ansonsten bleibt der Beitrag nichts weiter als eine Dystopie, die allenfalls beim

nationalkonservativen Tea Party Enthusiasten vielleicht einen wohligen Schauer auslöst.

- 9. "Vor ziemlich genau einem Jahr stand Europa am Abgrund..."

Jetzt ist Europa schon einen Schritt weiter.

Aber solange wir uns noch im freien Fall befinden, ist ja noch alles in Butter, und es kann weitergewettet werden.

10. Über die Ökonomie

...wurde mal gesagt, sie sei die einzige Wissenschaft, in der es für Wissenschaftler A einen Nobelpreis gibt, darauf dann für Wissenschaftler B - welcher genau das Gegenteil seines Kollegen A behauptet.

11. Schulden mit noch mehr Schulden bekämpfen?

"Erstmals in dieser Krise besteht eine realistische Chance auf eine Wende zum Besseren – und Europa verspielt sie gerade."

Wer soll das denn noch glauben.

Schon mit dem Bruch der Nichtbeistandsklausel durch den ESM ist eine Situation für Deutschland entstanden,

die mit einer angeblichen "Solidarität gegenüber seinen Partnern"

nur noch verharmlosend betitelt werden kann.

12. Hintertürchen

"Diese Krise hat den Europäern viel abverlangt. Wenn die Rezession zurückkommt, wird die Währungsunion mit großer Wahrscheinlichkeit Geschichte sein."

Diese und ähnliche Aussagen lese ich von den Euromantikern in letzter Zeit immer öfter. Es werden Hintertürchen gebaut, damit man nach einem Zusammenbruch nicht wie der größte Depp dasteht.

"die Wirtschaft dürfte in diesem Herbst schon wieder wachsen..."

Wo denn? Die Produktion sinkt. In Deutschland um 2,3%, in Irland um 7,8%. Gesamte Eurozone -1,5%.

Ein Gutes hat die Krise: Ich weiß inzwischen, welche Wirtschaftsjournalisten und Blogs ich noch ernst nehmen kann. Und welche nicht!

Die Argumentation des Artikels ist in sich nicht schlüssig und außerdem verleitet sie zu Trugschlüssen.

Erst wird gesagt, Europa windet sich auch einer schweren Krise. Nun, das gilt nicht für die Länder im allgemeinen, da die einzelnen Entwicklungen völlig unterschiedlich sind. Die BRD steckt seit Jahren überhaupt nicht einer, andere Staaten zeigen keine Anzeichen einer Besserung. Das sagt der Autor sogar selbst weiter unten und widerspricht sich damit: Die Menschen spüren nichts, die Arbeitsmarktlage ist miserabel, Haushaltspläne sind nicht im Soll.

Weiterhin ist es ein höchst gefährlicher Weg, wenn ein Wachstum nur durch negative Abweichungen von einem korrekten Staatsverhalten erzeugt werden kann. Das Brechen der Zusagen eines ausgeglichenen Haushalts als notwendige Bedingung für Aufschwung zu fordern ist schon fast kriminell und erzeugt höchstens eine Scheinblüte mit späterer Katastrophenwahrscheinlichkeit.

Die Strukturprobleme werden außerdem damit erst recht wieder zugekleistert und nicht angegangen. So macht man keine gute Wirtschaftspolitik.

4. Schäuble beschäftigt Berater um ihnen mangelnde Sachkenntnis

zu attestieren. So lässt sich die Eurokrise nicht bewältigen.

Kai Konrad, Schäubles Berater, hält Deutschlands Euro-Ausstieg für notwendig:

<http://www.welt.de/politi...>

Schäuble gerät mit Konrad in Streit darüber:

<http://www.faz.net/aktuel...>

15. Die große Chance in der Euro Krise besteht darin, dass

Banken und Länder an Mittel gelangt, die Ihnen nicht zustehen.

Diese Chance wurde genutzt und ist vorbei - jetzt braucht es jemanden um die Sauerei hinterher aufzuräumen.

Die Arbeiten beginnen Sonntag 22.09, Schlag 18.01h, wenn die Wahl in Deutschland abgeschlossen ist, dann stehen sie wieder Schlange mit ihren "Wünschen" zur Förderung des Europäischen Gedanken (Klartext: Geld her oder es passiert was)

16. Kai Konrad ist nicht "Schäubles Berater"

Kai Konrad ist Vorsitzender eines Professorenremiums, das dem Finanzministerium zugeordnet ist, das sich selbst durch Zuwahl regeneriert, und in dem die Mitglieder mehr oder weniger lebenslang bleiben.

Die Mitglieder sind nicht von Herrn Schäuble ausgesucht oder gebeten und nicht mal von seinen Vorgängern, Herr Schäuble kann auch keine Mitglieder entlassen, versetzen oder ruhigstellen... Kurz: die Bezeichnung als "Schäubles Berater" ist hochgradig irreführend, sie ist von der Journaille aus Sensationsgeilheit erfunden.

4 Leserempfehlungen

Antwort auf "Schäuble beschäftigt Berater um ihnen mangelnde Sachkenntnis"

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

- 17. was ist denn "korrektes" Staatsverhalten?

Ausgeglichener Haushalt? Sämtliche Schulden zurückzahlen - also genauso gemanaged wie ein Privathaushalt? Das funktioniert nicht.

Da zu jedem Gläubiger auch ein Schuldner gehört, muss sich zwingend immer ein gleich hohes Pärchen finden. Werfen Sie mal einen Blick in die Bilanz von Deutschlands Wirtschaft: <http://www.wirtschaftsdie...>

Zu jedem Zeitpunkt ist der Saldo gleich NULL. Wenn Privathaushalte Dauersparer sind, muss zwingend irgendjemand Dauerschuldner sein. Aktuell ist das in DLand das Ausland, diese Position ist aber unhaltbar und konnte nur durch die bescheidene Konstruktion der Währungsunion so lange aufrecht erhalten werden.

Wenn man die Bilanzen erst mal soweit verstanden hat, kann man ebenfalls leicht verstehen, dass es zu Dauer-Überschussländern wie Deutschland zwingend Dauer-Defizitländer geben muss. Das eine bedingt das andere.

So lange diese Erkenntnis nicht reift, sind wir meilenweit von einer echten Problemlösung entfernt.

18. Hier irrt der Autor irrt

Mir scheint, dass auch Autor Schieritz nicht begriffen hat, wie unser Geld- und Bankensystem aufgebaut ist und funktioniert. Er sollte wissen, dass ca. 90% der Umlauf-Geldmenge Giralgeld ist, welches von den Geschäftsbanken nach Gutdünken geschaffen und zerstört werden kann, solange sie nicht überschuldet sind. Zentralbankgeld (nur hierfür gilt der "Leitzins") benötigen Banken dann in grossem Maße, wenn das Vertrauen in ihre Solvenz untereinander gestört ist. In Zeiten des Vertrauens geben sich Banken gegenseitig Kredit für den täglichen Saldenausgleich der Interbankenzahlungen, weswegen dann weniger Zentralbankgeld notwendig ist. Zentralbankgeld dient in keinem Fall dazu, als Kredit an das Publikum weitergereicht zu werden. Dies ist in unserem Geldsystem unmöglich. Die Aufgabe der EZB besteht in der Hauptsache darin, dafür zu sorgen, dass der Interbanken-

Zahlungsverkehr durch fehlende Liquidität nicht zusammenbricht. Er war vor genau 10 Jahren fast zusammengebrochen, weil durch die "Lehmanpleite" das gegenseitige Vertrauen zusammenbrach. Es liegt doch nicht am "Nichtglauben" der Geschäftsbanken an die Worte eines Mario Draghi, welche Zinsen sie für Kredite verlangen und erhalten. Die EZB kann derzeit die Umlaufgeldmenge kaum beeinflussen, geschweige denn steuern. Dies wäre anders, wenn sie das Privileg der Giralgeldschöpfung hätte. Sie hat es nicht, weil die Politik alle Macht über die Geldschöpfung und -zerstörung an die Privatbanken verschenkt hat.

19. Doppelte Buchführung - Zins und Zinseszins

"Wenn man die Bilanzen erst mal soweit verstanden hat, kann man ebenfalls leicht verstehen, dass es zu Dauer-Überschussländern wie Deutschland zwingend Dauer-Defizitländer geben muss. Das eine bedingt das andere."

Wenn die "Dauer-Defizitländer" ihre Verbindlichkeiten samt Zins und Zinseszins nicht bedienen, werden deren Schulden sozialisiert und von den Bürgern der "Dauer-Überschussländer" getragen, oder wie ?

Dieser Logik können wir seit Jahren beim Werkeln zuschauen. Würde ich langfristig nicht mehr als Lösung anbieten wollen.

20. Optimismus oder Realismus

Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, wenn jemand sich den vielen Negativ-Meldungen entgegenstemmen will, um ein wenig Optimismus zu verbreiten. Selbst die Leute vom IWF haben das getan, sie haben jedes Jahr gesagt, die Erholung in Griechenland kommt dann nächstes Jahr, ganz bestimmt. Und so mussten sie jedes Jahr die Prognose anpassen. Aber bevor man eine seriöse Prognose machen kann, muss man eine Diagnose machen. Obwohl der Berufsstand der Ökonomen derzeit in Verruf gerät, muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass die Euro-Krise von einigen Fachleuten präzise vorausgesagt wurde. Dazu gehört auch Arnulf Baring, der neulich von Lanz so respektlos behandelt wurde. Er hat geschrieben: "Der Euro war und ist eine Schnapsidee". <http://www.handelsblatt.c...> Und bevor die Konstruktion der Eurozone nicht grundlegend angepasst wird, und zwar nicht als Transferunion, solange gibt es kein Ende der Krise in Europa. Garantiert.

21. Gehandelt werden Waren und Dienstleistungen

nicht Geld an sich.

So lange man also den Defizitländern nicht erlaubt bzw. sie in die Lage versetzt Überschüsse zu erwirtschaften, können deren Schulden niemals abgetragen werden.

Deutschland hat man ebenjenes nach WK1 nicht gestattet, nach WK2 waren die Siegermächte dann schlauer und haben Schulden großflächig erlassen.

Aktuell versucht man die Wettbewerbsfähigkeit einseitig! durch Lohnsenkung in den Defizitländern wieder herzustellen.

Wenn wir hier auf unserem Stück vom Kuchen weiterhin bestehen, ist dieses Problem eigentlich nicht zu lösen.

Eine Leserempfehlung

Antwort auf "Doppelte Buchführung - Zins und Zinseszins"

22. besser ohne Euro

##Diese Krise hat den Europäern viel abverlangt. Wenn die Rezession zurückkommt, wird die Währungsunion mit großer Wahrscheinlichkeit Geschichte sein. ##

Dieses vermaledeite Geld hätte es nie geben dürfen. Alles lief besser ohne den Euro. Das heisst, das der Euro auch völlig überflüssig ist und in sofern habe ich kein Problem damit, wenn der endlich Geschichte wird. Politiker und Wirtschaftsexperten haben sich geirrt oder einfach nur gelogen, als sie uns das Blaue vom Himmel versprochen.

23. Waren und Dienstleistungen werden mit was bezahlt ?

Vergessen Sie nicht den Fokus auch auf die Bankschulden der Krisenländer zu richten. Deren Staatsschulden allein sind nicht Ausschlag gebend. Bisher haben wir fast ausschließlich "systemrelevante" Banken und Bonzen gerettet.

Hans Werner Sinn kann man mögen oder nicht. Dieses Interview mit ihm finde ich jedoch sehenswert (interessant wird es gegen Ende):

<https://www.youtube.com/w...>

Antwort auf "Gehandelt werden Waren und Dienstleistungen"

Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

24. bezahlt wird ebenfalls mit Waren und Dienstleistungen

Geld ist nur Mittel zum Zweck.

Antwort auf "Waren und Dienstleistungen werden mit was bezahlt ?"

• 25. Schieritz Ideologie

Es ist unglaublich Herr Schieritz, wie sie seit Jahren die Fakten leugnen und jetzt Auch wieder Licht sehen, wo nur Dunkelheit ist. Viele Länder im Süden haben ein strukturelles Problem und es ist nicht zu erkennen, wie sie es jemals lösen wollen. Der Sprung, der nötig wäre um auf internationalem Niveau konkurrenzfähig zu sein ist so groß, und die Kraft und der Wille der Regierungen so gering, dass der Anschluss für manche darunter, allen vorang GR, wohl niemals gelingt. Die FAZ berichtet gerade, dass Griechenland gerade erst den Sonderurlaub für die PC Benutzung abgeschafft hat. Man hätte wohl kaum besser unter Beweis stellen können, wie unfähig man ist, die mehr als offensichtlichen Probleme anzugehen.

Ihr stetes Predigen eines fortgesetzten deficit spendings mag in anpassungsfähigen Volkswirtschaften etwas bringen, einige der Südländer gehören aber definitiv nicht in diese Kategorie.

Wirft man Geld ins Klo, so ist aus dem Klo noch niemals etwas Produktives gewachsen - das kann doch wohl auch ein Keynesianer nicht leugnen.

5 Leserempfehlungen

26. @ thewisemansfear

Natürlich sind Kreditaufnahmen per se keineswegs unkorrekt. Aber sie müssen sich im Zeitablauf rechnen, also muß die Bedienung der Verschuldung durch entsprechende Erträge abgedeckt werden. Im Falle des Staates sind das Steuern und Gebühren (ohne Anhebung der Sätze).

Mit einer statischen Bilanzbetrachtung kommen sie da nicht weit. Sie benötigen eine dynamische Analyse. Noch schlimmer ist, daß die Unterlagen dafür beim Staatshaushalt überhaupt nicht ausreichen; das mittelalterliche Kameralssystem genügt nicht einmal den primitivsten Anforderungen, die für ein Unternehmen auch kleinerer Umsatzgröße zurecht vom Gesetzgeber gefordert werden.

Antwort auf "was ist denn "korrektes" Staatsverhalten?""

27. Sie sollten Artikel vor Abgabe eines Kommentars lesen

Warum haben Sie diese Anmerkung nochmals aus dem von mir verlinkten Artikel herauskopiert ? Zu viel Zeit für copy & paste, oder zu wenig Lust Artikel zu lesen bevor Sie sie kommentieren ?

Antwort auf "Kai Konrad ist nicht "Schäubles Berater""
Reaktionen auf diesen Kommentar anzeigen

28. ?????

Sie hatten doch in ihrem Kommentar die Bezeichnung "Schäubles Berater" extra noch einmal wiederholt; sie hatten sogar geschrieben: "Schäuble beschäftigt Berater um ihnen mangelnde Sachkenntnis...zu attestieren." Warum soll ich diesen Gebrauch nicht kritisieren dürfen?

Wenn sie *nicht* meinen, dass er Schäubles Berater ist, dann schreiben Sie das doch einfach nicht. Oder habe ich Sie völlig missverstanden?

Na ja, jedenfalls bin ich froh, dass wir uns in der Sache einig sind: "Beschäftigen" tut Herr Schäuble Herrn Konrad nicht. Herr Konrad ist Beschäftigter vom Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München. Er ist außerdem Vorsitzender eines dauerhaft bestehenden Gremiums, das dem Finanzministerium beigeordnet ist und das ab und an dem Finanzministerium Ratschläge erteilt, die sich jemand vom Ministerium durchlesen kann oder auch nicht; er ist weder von Schäuble bestellt, noch kann er von ihm abgewählt werden, noch kann man aus seinem Amt entnehmen, dass er irgendeine persönliche Beziehung zum jetzigen oder zu früheren oder zukünftigen Finanzministern hat, gehabt hat oder haben wird.

Im übrigen stimme ich der Meinung von Kai Konrad voll zu: der Euro funktioniert nicht. Aber das ist eine andere Frage.

6 Leserempfehlungen

Antwort auf "Sie sollten Artikel vor Abgabe eines Kommentars lesen "

- • Lucy Meineke
- 15.09.2013 um 9:16 Uhr

29. Es geht wieder was - Die große Chance zur Bankenrettung

"In Vilnius konkretisieren die Finanzminister der Euro-Zone, wie Sparer und Steuerzahler künftig Pleite-Banken retten werden. Die Beteiligung von Gläubigern und Einlegern ist fix – darüber wird im Grundsatz nicht einmal mehr debattiert...

Der große Zugriff auf die Sparer nimmt konkrete Gestalt an. Mit dem ESM ist ein wichtiges Puzzle-Teil bereits unwiderrufliche Realität: 700 Milliarden Euro können – ohne demokratische Legitimation, ohne Transparenz, ohne Widerspruch durch die Parlamente eingesetzt werden.

Der Grüne EU-Parlamentarier Sven Giegold, der sich für die Minimal-Kontrolle eingesetzt hat, benennt die historische Dimension des Beschlusses: „Die ist der weitreichendste Schritt in der EU, den es seit der Einführung gegeben hat.“

Denn: Die Bankenaufsicht bedeutet, dass nun unwiderruflich die Voraussetzung geschaffen wurde, Banken im Euroraum aus dem aus Steuergeldern finanzierten ESM zu retten.

Die einzige offene Frage ist, ob die Euro-Retter die Rettung noch schaffen: „Das ist immer auch ein Wettlauf gegen die Zeit“, sagte Schäuble dem DLF.

<http://www.dradio.de/dlf/...>

"Nicht berücksichtigt in den Crash-Abwehr-Szenarien sind die Billionen-Risiken, die sich aus den Derivaten ergeben werden.

Dafür reichen weder ESM noch SRM....

Nach der Bundestagswahl werden wir die Details erfahren."

<http://deutsche-wirtschaft...>